

Christof Brauers: Die FDP in Hamburg 1945 bis 1953. Start als bürgerliche Linkspartei

München: Martin Meidenbauer Verlagsbuchhandlung 2007 (DemO-krit 3, Studien zur Parteienkritik und Parteienhistorie, Schriftenreihe der Vereinigung Demokratische Offenheit (DemO) e.V., Hamburg), 742 S.

Auf diese Forschungsarbeit haben sowohl Regionalhistoriker als auch Parteienforscher lange warten müssen; denn die ersten hier vermerkten Interviews mit Zeitzeugen fanden 1993 statt – da derartige Gespräche nur bei entsprechendem Vorwissen des Fragenden sinnvoll sind, dürfte die erste Beschäftigung mit diesem Thema noch länger zurückliegen. Aus dem Vorwort von Christof Brauers vom April 2006 geht dazu nur hervor, dass seine beiden akademischen Lehrer, die Professoren Borowsky und Sywottek, im Herbst 2000 verstarben und ihn danach PD Dr. Helmut Stubbe da Luz betreute. Deshalb wurde die vorliegende Untersuchung dann vom Fachbereich Pädagogik der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg im SS 2004 als Dissertation angenommen (S. 33/34).

Weil Hildegard Hamm-Brücher sich der Hamburger Vereinigung Demokratische Offenheit, in deren Studienreihe die Dissertation nun erschienen ist, seit Beginn der 90er Jahre besonders verbunden fühlt, hat sie im Dezember 2005 ein lobendes Vorwort verfasst (S.7-10).

Darauf folgt eine Einführung von Helmut Stubbe da Luz über »Grenzen programmatischer Träume« – Parteiprogramme als Instrument der Parteipolitik (S.11-31). Dahinter verbirgt sich ein sprachlich ungewöhnlicher, teilweise schwer verständlicher Text; z.B. über den Nutzen von Allparteienregierungs-beteiligungen. »Können das schließlich nicht nur die Wähler selbst entscheiden, oder hat sich die Partei deren Kopf – über politisches »Marketing« hinaus – unter dem Gemeinwohlanspruch (sofern einer erhoben sein sollte) zugleich mit dem eigenen zu zerbrechen?« (S. 12) Auch in den Anmerkungen findet sich teilweise neuartiges, z.B. »Der Wikipedia-Artikel »Parteiprogramm« (22. Sept. 2005) formuliert deshalb zu Recht in für dieses »Nachschlage(-)Werk relativ abgeklärter Weise: »In stärkerem Maße als durch das Parteiprogramm wird eine Partei vom Wähler über ihre Repräsentanten und ihre aktuelle Politik identifiziert und wählbar. . . .« (S. 14, Anm. 1). Eine hilfreiche Einführung in die folgende Untersuchung kann der Text in dieser Form kaum sein; auch sind derartige Einführungen eines Gutachters bei Dissertationen unüblich.

Da Stubbe da Luz überdies im Quellen- und Literaturverzeichnis mit 16 Veröffentlichungen aufgeführt ist, darunter kleine Beiträge in der Neuen Bonner Depesche von 1982 und 1983 mit jeweils 2 S., oder in Das Rathaus von 1986 und 1989 mit jeweils 4 S. – auch von Brauers immer gerne zitiert wird, scheint hier die Dankbarkeit gegenüber dem »Doktorvater« etwas unzeitgemäße Züge angenommen zu haben. Der vorliegenden Studie nützt diese aufdringliche wissenschaftliche Ableitung eher wenig.

Die Einleitung von Brauers ist dagegen insgesamt sachlich, sprachlich gut lesbar und durchdacht formuliert – nur manchmal etwas pauschal in der Einordnung (S. 35-42). Angesichts der umfangreichen, teils zersplitterten und teils gesperrten Quellen wären hier jedoch konkrete Hinweise auf ausgewertete Quellen, ihren Umfang und ihre Bedeutung für diese Studie angebracht gewesen, statt nur pauschal mitzuteilen, was theoretisch noch vorhanden ist (S. 41). Auch die allgemein gehaltene Auflistung beim Staatsarchiv Hamburg zum »Bestand FDP-Landesverband Hamburg (1945-1954)« im Quellenverzeichnis gibt darüber keine Auskunft. Dabei ist dieser Bestand ungewöhnlich umfangreich und detailliert geordnet, wie das Findbuch zeigt – auf das leider jeder Hinweis fehlt.

Dieser Einleitung des Verfassers folgt im Grunde eine weitere Einführung, nämlich das Kapitel I.: Tradition (1900-1945), das Liberale in der Opposition, in der Verantwortung sowie zwischen Anpassung und Widerstand behandelt (S. 43-120). In dieser Breite wäre eine derartige »Nacherzählung« der Forschungslage sicherlich verzichtbar gewesen; eine knappe Zusammenfassung hätte genügt, um Traditionslinien und Brüche deutlich zu machen.

Deshalb beginnt unsere auf den Zeitraum 1945-1953 bezogene Untersuchung erst auf Seite 121 mit dem zweiten Kapitel: Neuanfang (1945). Darin werden der Bund Freies Hamburg und die Parteigründungen behandelt (S. 121-155), wobei das hier breit zitierte statistische Ergebnis vom Dezember 1946 über die liberalen Wurzeln, nämlich mehrheitlich aus der Weimarer DDP, nicht überrascht (S. 147, Anm. 108 u. 109) – wohl aber seine einseitige Bewertung. Denn die 154 neuen Parteimitglieder, die sich 1946 noch als ehemalige DVP-Mitglieder zu erkennen gaben, wirkten später bei den Richtungskämpfen zwischen demokratisch-liberal oder national-liberal maßgeblich mit. Deshalb gab es auch im Hamburger Landesverband in den Nachkriegsjahren immer einflussreiche Politiker, die das national-liberale Spektrum abdeckten. Die Wurzeln der »Jungen Demokraten« waren hier 1946 sogar »nationalistisch-rechts-konservativ«, wie Brauers selbst auf Seite 194 schreibt. Sein Untertitel »Start als bürgerliche Linkspartei« spiegelt daher mehr den Wunsch einer damaligen Elite als die parteipolitische Wirklichkeit wider.

Im Kapitel III »Kursbestimmung (1946)« werden folgende Entwicklungen beschrieben: Von der PFD zur FDP/Bürgerliche Fusionsbemühungen/Der liberale Zusammenschluss in der britischen Zone/Parteioorganisation/Vorläu-

fige Verfassung/Entnazifizierung/Ernannte Bürgerschaft (S. 157-240). Diese Gliederung wirkt auf den ersten Blick vernünftig und sachbezogen, auch wird die persönlich berufliche und politische Lage der sogen. Parteiführung 1945/46 anschaulich als Kampf der Rivalen um die Posten = Fleischtöpfe geschildert (vgl. S. 161 ff). Aber der ausufernde Text schüttet mit seinen Details die großen Linien zu und interessante Informationen zu den handelnden Personen werden so »vergraben«; z.B. von Koch, Büll, Wilkening, weil man sie hier nicht vermutet. Überdies werden in diesem Kapitel auch aus den anderen in Gründung befindlichen Parteien viele Vorgänge minutiös ausgebreitet, so dass sich der Leser fragen könnte, welche Gründungsgeschichte er eigentlich liest.

Aber wer durchhält, erfährt auch, dass die liberale Partei trotz Dauerkonflikten an der Spitze ein lebendiges Eigenleben entwickelte (S. 191f) und dass der »linke Flügel« durch den 29jährigen Edgar Engelhard plötzlich Auftrieb bekam, gerne gefördert von Levy und Rademacher (S. 201f). Taktische Spielchen gepaart mit persönlichen Begabungen werden dabei anschaulich rekonstruiert, aber dann geht die Spannung wieder in Detailzitate verloren.

Auch im Abschnitt über die Entnazifizierung wird die Problematik anhand von Einzelbeispielen zwar deutlich, aber dann fehlt die abschließende Einordnung bzw. Bewertung. Der Leser erhält kein Gesamtbild, sondern nur personenbezogene Fragmente – leider auch in vielen noch folgenden Kapiteln. Oft enthalten die neutral gehaltenen Überschriften Informationen zu spannenden Konflikten, wie z.B. zur Demontage, insbesondere im Hafen (S. 226) oder zum Bauprojekt eines britischen Hauptquartiers im Grindelviertel, dem sogen. Hamburg-Projekt (S. 230) samt umfangreichen Umquartierungsplänen (S. 232f) – versteckt unter 3.2.3. Ernante Bürgerschaft.

Als »Weichenstellungen« zwischen 1946 und 1949 (Kap. IV) werden die Bürgerschaftswahl 1946, die FDP in der britischen Zone, die Sozialliberale Koalition in Hamburg, die Schulreform, die Wirtschaftspolitik und das Wahlrecht behandelt (S. 241-384). Denkbare Wahlbündnisse, Programme, Kandidaten sowie konkrete Wahllisten und -ergebnisse werden vorgestellt; das problematische, von den Briten eingeführte modifizierte Mehrheits-Wahlrecht samt daraus resultierenden schwierigen Koalitionsverhandlungen zwischen allen Parteien wird thematisiert; ebenso die internen Machtkämpfe um die Senatsposten in den Parteien. Dennoch gingen die Liberalen dann nicht den »ehrlichen« Weg in die Opposition, wie es die Jungdemokraten forderten, die nicht zum »Handlanger einer sozialistischen Wirtschaftspolitik« werden wollten (S. 275), sondern opferten zuletzt sogar noch ihren Spitzenpolitiker Hermann Schäfer, den die Militärregierung wegen »Pro-Nazi-Aktivitäten« zwischen 1933 und 1945 ablehnte – eindeutig Ergebnis einer politischen Intrige (S. 276 f).

Das Unterkapitel über die FDP in der britischen Zone geht inhaltlich weit über das hier vorliegende Untersuchungsthema hinaus, ist aber trotz zahlreicher bekannter Fakten informativ (S. 277-319).

Dagegen fällt der nachfolgende Abschnitt über die Sozialliberale Koalition in Hamburg enttäuschend aus, weil notwendige Informationen über die Zusammensetzung von Senat und Fraktionen fehlen, weil überwiegend Quellen aus der SPD und von der Militärregierung zitiert werden – daneben wenige Stenographische Berichte der Bürgerschaft – und weil hier nicht gemeinsam geplante politische Projekte für die Stadt (oder ev. bewusst ausgeklammerte) vorgestellt werden, sondern erneut Themen wie Verfolgtengruppen (VVN), Entnazifizierung (Kaufmann) und Liberale in der britischen Zone (insbesondere in NRW) im Vordergrund stehen.

Aber der kurze Beitrag über die Schulreform (S.341-353) als ideologische Spielwiese der Politik ist wieder anschaulich zusammengestellt, enthält viele Informationen über die schulpolitische Problematik aus Sicht der FDP, zitiert auch deren Quellen – ist also erheblich besser gelungen.

Leider erfährt der Leser danach unter 4.3.2 Wirtschaftspolitik (S. 353-365) vieles über die Beziehungen zwischen Partei- und Gewerkschaftsgrünien samt ihren Vorgeschichten, über Mitbestimmungsfragen und ein neues Handelskammer-Gesetz (das übrigens nie verabschiedet wurde); auch wieder Details über parteipolitische Ranküne – aber kaum etwas über reale Wirtschaftspolitik beim Wiederaufbau einer Metropole.

Auch beim Abschnitt 4.3.3.über das in Hamburg lange und heftig umstrittene Wahlrecht, also ein zentrales Problem, bleibt Brauers nicht lange beim Thema sondern gerät nach ca. 6 Seiten wieder auf Nebenschauplätze, wie z.B. die wachsende nationalistische Orientierung bei den Jungdemokraten bis hin zu Waiblingers »Radaubrüdern«, die von der (angeblich linksliberalen) Parteiführung jedoch geduldet wurden (S. 371-374).

Es folgen noch die Kapitel V: Bündnisfragen mit den Wahlen zum Bundestag und zur Bürgerschaft von 1949; VI: Alternativen mit Ausführungen zur Liberalen oder Nationalen Sammlung, zum Deutschen Programm oder Liberalen Manifest zwischen 1949 und 1953; VII: Entscheidungen im Jahr 1953 auf dem Bundesparteitag in Bad Ems, in der Naumann-Affäre und für den Hamburg-Block. Auch hier wechseln sich Stärken und Schwächen in der Darstellung, wie bisher geschildert, ab – manche Themen wiederholen sich erneut, manche bleiben weiter unklar.

Aber es ergeben sich auch Widersprüche, wie z.B. über Hans Robinsohn, der als Kopf einer liberalen Widerstandsgruppe über Dänemark nach Schweden flüchten konnte. Sofort nach Kriegsende wollte er nach Deutschland zurückkehren, scheiterte aber an der britischen Besatzungsmacht. Auch der angestrebte Austausch von politischen Informationen und Ratschlägen beim Aufbau einer demokratisch-liberalen Organisation litt unter langen Postlaufzeiten

(S. 132/133, Anm. 45-52). Dennoch gelang es Robinsohn seit September 1945, sich von Malmö aus zumindest brieflich einzumischen (S. 151, Anm. 125). Im sogen. Schluss-Kapitel erfährt der Leser dann nicht nur erneut bereits Bekanntes zu dessen politischer Biographie, sondern liest plötzlich: »Für seine Abstinenz gab es aber auch handfeste politische Gründe. Er hatte dem einstigen linksliberalen Establishment die »charakterlich abstoßende Fusion« mit dem Jungdeutschen Orden 1930 nicht verzeihen . . .« (S. 686, Anm. 1) Im weiteren Text wird der Eindruck vermittelt, als habe Robinsohn inzwischen einen inneren Wertewandel durchlebt, nämlich gegen freie Wirtschaft/freies Unternehmertum und gegen jede Form von Nationalismus (S. 687, Anm. 6). Doch die Datierungen der hier zitierten Briefe zeigen, dass seine Äußerung über die abstoßende Fusion erst vom 12.9.1949 stammte und seine Verachtung für die ehemaligen Parteifreunde in Hamburg schon am 16.11.1945 formuliert wurde. Seine wirtschaftspolitisch fast linksdogmatischen Positionen teilte er sogar erst am 20.11.1950 in einem Brief an Thomas Dehler mit.

Die inhaltliche Gestaltung des Schluss-Kapitels (S. 685-699) hat die Rezensentin verblüfft, weil hier weder eine Einordnung der zahllosen, im Text verstreuten Ergebnisse, Erkenntnisse, Vermutungen versucht – geschweige denn ein Resümee für den organisierten Liberalismus der frühen Nachkriegsjahre gezogen wird. Stattdessen werden bereits mehrfach vorgestellte politische Akteure weiter analysiert und so auf ihre tagespolitische Tauglichkeit getestet, werden ihre Lebenswege vor 1945 und nach 1953 (also außerhalb des Untersuchungszeitraums) geschildert. Der Leser erfährt plakativ Negatives über den späteren Hamburg Block (1953-57), der intern zerstritten, sich für die FDP nicht auszahlte . . . Sogar die spätere sozialliberale Ära auf Bundesebene, aber auch erneut das Deutsche Programm, das Liberale Manifest samt der Naumann-Affäre kommen hier zur Sprache – ebenso der schillernde NRW-Politiker Wolfgang Döring. Erst in den letzten drei Absätzen versucht Brauers seine Untersuchung irgendwie einzuordnen, leider sehr oberflächlich: Weder bewegte sich die Hamburger FDP nach 1953 sofort und eindeutig nach rechts, noch wurde fortan die Marktwirtschaft ihr einziges Merkmal; schon gar nicht verabschiedete sich Edgar Engelhardt nach seiner Wahl zum Zweiten Bürgermeister 1953 aus der Parteipolitik. (Die zahlreichen Quellen, vor allem die Wortprotokolle der Fraktionssitzungen aus dieser Zeit und die internen Wahlkampfplanungen vermitteln ein anderes Bild)

Als Resümee bleibt festzustellen, dass hier ein großer Materialbestand mit unendlich vielen Detailkenntnissen ungeschickt zusammengestellt wurde – bedauerlich, auch wegen der langjährigen Forschungsarbeit. Denn diese Gliederung bietet dem vorhandenen Material wenig angemessene Präsentationschancen – sie ist zu einfach und formelhaft gestaltet, wirkt jetzt wie auf einen Endlos-Roman aufgestülpt. Zwar kann man diese Dissertation dank ihres

umfangreichen Personenregisters teilweise als Nachschlagewerk verwenden, aber da sich manche Informationen zu den handelnden Personen wiederholen, ist auch das eher mühsam. Vermutlich hätte nur ein Außenstehender die vorliegende Untersuchung anders gliedern und vor allem auf wesentliche Forschungsergebnisse reduzieren können – zusätzliche Erweiterungen wie diverse Einführungen und Einleitungen waren dabei der falsche Weg.

Hamburg

Beate-Carola Padtberg